SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung

Bleibaum, Frauke; Ehlert, Judith; El Oumrany, Lalla; Krenz-Dewe, Daniel; Odoemenam, Franklin; Ogawa-Müller, Yulika; Vennemann, Sascha; Zohy, Bertrand

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bleibaum, F., Ehlert, J., El Oumrany, L., Krenz-Dewe, D., Odoemenam, F., Ogawa-Müller, Y., ... Zohy, B. (2005). *Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung.* (Working Paper / Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 352). Bielefeld: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-421582

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Universität Bielefeld

Fakultät für Soziologie

Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie

Sociology of Development Research Centre

Universität Bielefeld - Postfach 100131 - 33501 Bielefeld, Germany
Telefon (0521) 106-6943, Fax (0521) 106-2980
http://www.uni-bielefeld.de/sdrc, E-Mail: sdrc@uni-bielefeld.de

Working Paper N° 352

Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung

Lehrforschung Westafrika/Mittelamerika

Leitung: Prof. Dr. Gudrun Lachenmann

SS 2004 – WS 2004/05

Frauke Bleibaum, Judith Ehlert, Lalla El Oumrany, Daniel Krenz- Dewe, Franklin Odoemenam, Yulika Ogawa- Müller, Sascha Vennemann, Bertrand Zohy

Bielefeld 2005

ISSN 0936-3408

Inhalt

1. Einleitung[1]

2. Dezentralisierung

2.1. Dezentralisierungspolitik im Senegal

2.2. Die deutsch-senegalesische Zusammenarbeit und das Programm „Lutte contre la pauvrété au milieu rural dans le Bassin Arachidier“

2.3. Methodischer Ausblick: Feldzugang

2.4. Eingeschränkte Informationsflüsse und starkes Wissensgefälle in den Landgemeinden

2.5. Präsenz des Zentralstaats

3. Zivilgesellschaft

3.1. Organisationen der Zivilgesellschaft

3.2. Einflussmöglichkeiten und interner Zusammenhalt zivilgesellschaftlicher Organisationen

3.3. Methodischer Ausblick: Datenerhebung

4. Lokale Entwicklung

4.1. Entwicklungsmakler

4.2. Entwicklungsplanung und Nachhaltigkeit

Literatur

[1] Es handelt sich um die Präsentation im Forschungskolloquium des Forschungsschwerpunkts Entwicklungssoziologie/Sozialanthropologie am 15.12.04; Lehrforschungsgruppe Senegal. Der Feldforschungsaufenthalt fand statt vom 1.8. – 10.10.2004, der von Prof. Dr. Gudrun Lachenmann vor Ort bis 15.9.2004 betreut wurde.

1. Einleitung

Mit diesem Bericht möchten wir die ersten Ergebnisse aus unserer Lehrforschung im Senegal vorstellen. Unsere unterschiedlichen Daten und Erlebnisse haben wir im Folgenden zusammengefasst und zueinander in Beziehung gesetzt.
Eingeladen hat uns die deutsch-senegalesische Zusammenarbeit, die uns die Durchführung von einzelnen Fallstudien in Landgemeinden der Regionen Fatick und Kaolack sehr erleichtert hat. Neben einer Darstellung der Oberthemen der Lehrforschung - Dezentralisierung, Zivilgesellschaft und Entwicklung - werden wir auch auf die Arbeit dieser Organisation eingehen.

2. Dezentralisierung

2.1. Dezentralisierungspolitik im Senegal

Der Senegal entschied sich für eine Politik der Dezentralisierung schon nach seiner Unabhängigkeit von Frankreich 1960. Der Dezentralisierungsprozess im Senegal erlebte drei große Phasen der Veränderung:

1. Von 1960 bis 1999: Dieser Abschnitt, gekennzeichnet durch eine starke Präsenz des Staates, lässt sich als Semi-Dezentralisierung bezeichnen. Die Regelung Gemeinden einzurichten wurde 1966 angenommen.
2. 1972 führte eine Überarbeitung des Gesetzes zur Einrichtung von 320 Landgemeinden zwischen 1972 und 1996. Seit 1996 kam es zu einem Zuwachs an Verantwortung für die lokalen Gemeinden und zur Übertragung von Zuständigkeiten des Zentralstaats an die Stadt- und Landgemeinden.
3. 1996 wurde die Gesetzgebung reformiert. Die zentralstaatliche Regierung wurde in die Lage versetzt, Macht an die Ebenen der Regionen, Distrikte und Gemeinden abzugeben.

Im Senegal gibt es 320 Landgemeinden. Jede Landgemeinde wird von einem Vorsitzenden geführt, der von gewöhnlich 32 Ratsmitgliedern gewählt wird. Die 32 Ratsmitglieder, die den Landgemeinderat bilden, werden von verschiedenen Parteien aufgestellt und von der

Bevölkerung der Landgemeinden gewählt. Die Landgemeinden umfassen jeweils mehrere Dörfer. Zum Beispiel bilden 54 Dörfer die Landgemeinde Djilor, in der eine der Fallstudien in der Region Kaolack/Fatick durchgeführt wurde.

Im Zuge des Dezentralisierungsprozesses wurden neun Zuständigkeitsbereiche von der zentralstaatlichen Regierung an die Landgemeinden übertragen. Entsprechend dieser Bereiche werden jeweils neun Ausschüsse gebildet. Der Vorsitzende der Landgemeinde ernennt Ratsmitglieder zu Vorsitzenden der Ausschüsse.

Die neun Zuständigkeitsbereiche sind:

Bildung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Gesundheit, Sozialwesen, Jugend, Sport und Freizeit, Stadtplanung und Bauwesen und Regionalplanung.

In unserer Feldforschung konnten wir beobachten, dass die meisten Landgemeinderatsmitglieder ältere Männer sind, die in ihren jeweiligen Dörfern einflussreich sind. Einige von ihnen sind pensionierte Staatsbedienstete, die ihr Berufsleben nicht in ihren Heimatorten verbracht haben. Jetzt im Ruhestand glauben sie, dass sie ihren Landgemeinden dienen können, in dem sie Ratsmitglied oder Ratsmitglied ihrer jeweiligen Gemeinde werden. Es finden sich nur wenige Frauen und junge Leute in den Landgemeinderäten. Andere sind „traditionale“ Ältere aus eingesessenen Familien, teils ohne französische Schulbildung.

Wir beobachteten auch, dass es eine große Rolle spielt, Mitglied in der zur Zeit regierenden Partei zu sein. Diejenigen, die der Regierungspartei angehören, bekommen wichtige und vorteilhafte Positionen in den Ausschüssen der Landgemeinde und im Alltagsgeschäft des Landgemeinderates. Persönliche Beziehungen sind ein weiterer Faktor, der eine wichtige Rolle unter den Ratsmitgliedern und der ländlichen Lokalpolitik spielt. Der Vorsitzende zum Beispiel revanchiert sich bei den Ratsmitgliedern, die ihn gewählt haben, mit ihrer Ernennung in die Ausschüsse. In anderen Worten, es hängt zu einem beträchtlichen Maß von den Leuten ab die man kennt, welche Ämter und Aufgaben jemand im Landgemeinderat übertragen bekommt.

So konnte in einer Landgemeinde durch mehrere Interviews und informelle Gespräche der folgende Vorgang festgestellt werden: Der amtierende Gemeinderatsvorstand war schon unter seinem Vorgänger in der Landgemeindeverwaltung tätig. Bereits während dieser Zeit versammelte er eine Gruppe von Freunden und Kollegen um sich, die ihm bereitwillig halfen

und immer zu ihm standen. Nach seiner Wahl zum Gemeinderatsvorstand und einem vorangegangen Parteienwechsel (um nach eigener Wahrnehmung überhaupt die Möglichkeit zu haben, in der Landgemeinde effektiv zu arbeiten und die Entwicklung voranzutreiben) verschaffte er dieser Gruppe seiner Anhänger während seiner noch andauernden Amtszeit einige Posten in der Landgemeindeverwaltung. Auch weitere Freunde und Unterstützer seiner Arbeit findet man oft im „Maison de la Communauté Rurale“ wieder - dem Zentrum der Lokalverwaltung, in dem auch die meisten Sitzungen stattfinden und die meisten Entscheidungen getroffen werden.

Nach Senegals Unabhängigkeit führte Präsident Leopold Senghor mehr als ein Jahrzehnt lang ein Ein-Parteien-System mit der Sozialistischen Partei. Abdou Diouf, ebenfalls von der sozialistischen Partei, folgte Senghor 1981 und gewann die Wahlen auch 1988 und 1993. Abdoulaye Wades Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 beendete die vier Dekaden des stark klientelistischen und ineffizient bürokratischen sozialistischen Regimes im Senegal.

Senegal hat ein Mehrparteiensystem. Die größten Parteien sind die „Parti Socialiste (PS)“, „Parti Démocratique du Sénégal (PDS)“, „Alliance de Forces de Progrès (AFP) » etc. Die PDS ist die derzeitige Regierungspartei. Im November 2002 wurde die neue Regierung umgebildet. Präsident Wade besetzte den größten Teil des Kabinetts mit Mitgliedern der Koalition aus PDS und SOPI, die ihn im Jahr 2000 ins Amt gebracht hatte.

2.2. Die GTZ und das Programm „ Lutte contre la pauvrété au milieu rural dans la région du Bassin Arachidier“

Die GTZ führt in den zwei senegalesischen Regionen Kaolack und Fatick das Armutsbekämpfungsprogramm „Bassin arachidier“ durch (Coopération Sénégalo-Allemande, 2003 und 2004). Für unsere Forschung zum Thema Dezentralisierung war vor allem das zuvor eigenständige Teilprogramm der Unterstützung der Landgemeinden (pro-CR) interessant. Im Rahmen dieses Programms bietet die GTZ bzw. die senegalesisch-deutsche Zusammenarbeit den Landgemeinden die Ausbildung ihrer Landgemeinderatsmitglieder in kommunaler Verwaltung an (Coopération Sénégalo-Allemande, 2001). In allen

Landgemeinden, die wir besucht haben, hat auf dieser Basis eine Zusammenarbeit der Landgemeinden mit der senegalesisch-deutschen Zusammenarbeit stattgefunden.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Unterstützung der Landgemeinden durch die Entwicklungszusammenarbeit ist das gemeinsame Erarbeiten von lokalen Entwicklungsplänen. Es handelt sich dabei um ein Papier, in dem zunächst eine ausführliche Bestandsaufnahme der Situation in der jeweiligen Gemeinde festgehalten ist. Es wurden unter anderem Daten über die ethnische Zusammensetzung, die Wirtschaftstätigkeiten und die geographischen Gegebenheiten in den Gemeinden erhoben und in den Entwicklungsplänen niedergeschrieben. Zudem werden in ihnen zur Zeit bestehende Probleme in den Landgemeinden aufgeführt und (meist bezogen auf die soziale Infrastruktur) daran anschließend die Prioritäten für die nächsten Jahre in Bezug auf die Lösung dieser Probleme und den damit einhergehenden Entwicklungsprozess formuliert.

Es besteht der Anspruch, die Entwicklungspläne unter hohem Partizipationsaufwand mit der Bevölkerung gemeinsam zu erstellen. Die Erhebung der Daten, so wie die Feststellung der bestehenden Probleme und der Bedürfnisse der Bevölkerung, wurde vor allem durch Einsatz von GemeindewesenarbeiterInnen (animateurs) bewältigt. Bei ihnen handelt es sich zumeist um speziell rekrutierte junge Männer mit französischsprachiger Schulbildung, die aus der jeweiligen Landgemeinde stammen. Die GemeindewesenarbeiterInnen wurden dazu von der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit ausgebildet. Damit wird beabsichtigt, dass sie durch diese Ausbildung in der Lage sind, Anträge auf Finanzierungsbeihilfe für evtl. Projekte der Landgemeinde zu formulieren. Diese richten sich dann unter anderem an die Entwicklungszusammenarbeit und sie selbst werden im Falle der Finanzierung dafür entgolten.

Die deutsch-senegalesische Zusammenarbeit finanziert Projekte der Gemeinden zu neun von zehn Teilen. Das heißt, dass die Gemeinden ein Zehntel der Kosten selber aufbringen müssen und dann den Rest durch die Entwicklungszusammenarbeit (vielleicht nur auf Kredit) finanziert bekommen. Durch diese Befähigung sind die GemeindewesenarbeiterInnen in einer privilegierten Situation innerhalb der lokalen Arena. Dies ist unserer Einschätzung nach jedoch kritisch zu betrachten. Die GemeindewesenarbeiterInnen sind nicht formal-demokratisch legitimiert, da sie nicht gewählt, sondern auf Bewerbung hin vom Landgemeinderat (und durch die meist senegalesischen Berater der Entwicklungszusammenarbeit) ausgewählt wurden. Auch eine soziale Legitimation ist in

vielen Fällen fragwürdig. Einige von ihnen sind zwar vor allem in Jugendgruppen aktiv und können daher durchaus als VertreterInnen der Zivilgesellschaft angesehen werden, für viele der GemeindewesenarbeiterInnen, auf die wir in den besuchten Dörfern gestoßen sind, trifft dies jedoch eher nicht zu.

2.3. Methodischer Ausblick: Feldzugang

Unser erster Feldzugang erfolgte über die deutsch-senegalesische Zusammenarbeit, doch genau genommen gab es mehrere Arten von Feldzugängen auf verschiedenen Ebenen. Das genannte Armutsbekämpfungsprogramm der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit hat ihr Büro in Kaolack, das der Gruppe zwischendurch immer wieder als Treffpunkt diente, da es geografisch gesehen ziemlich in der Mitte aller Landgemeinden lag, auf welche die Mitglieder sich verteilt hatten.

Die GTZ war auch sehr hilfreich, um überhaupt einen Ort für die Fallstudien zu finden. Anfangs standen dabei vor allem Gespräche mit Mitarbeitern der GTZ im Vordergrund, vor allem auch mit senegalesischen Mitarbeitern, und es wurde zunächst diskutiert, was genau erforscht werden sollte. Innerhalb der Gruppe hatten sich verschiedene Schwerpunkte ergeben, so dass von der deutsch–senegalesischen Zusammenarbeit je nach Forschungsthema eine Landgemeinde vorgeschlagen wurde, in der die Gegebenheiten besonders interessant für das jeweilige Thema sein könnten. Es wurde herumtelefoniert, offizielle Schreiben aufgesetzt und der Transport zu den jeweiligen Landgemeinden organisiert. Für den Feldzugang war das von großem Vorteil, die GTZ hatte von ihren Programmen her schon einen guten Kontakt mit den Landgemeinden und wusste wer informiert werden sollte usw., so dass sehr gut und schnell in die Dörfer gegangen werden konnte. Andererseits wurden wir dadurch aber auch als Vertreter der „Entwicklungszusammenarbeit“ wahrgenommen.

2.4. Eingeschränkte Informationsflüsse und starkes Wissensgefälle in den Landgemeinden

In den Landgemeinden fielen uns große Unterschiede in Bezug auf verfügbares Wissen der einzelnen Akteure in zweierlei Hinsicht auf. Zum einen existiert oftmals ein beachtliches Wissensgefälle zwischen den einzelnen Akteuren, z.B. verschiedenen zivilgesellschaftlichen

Gruppen. Die Informationsflüsse laufen nicht formalisiert ab und es haben nicht alle den gleichen Zugang. In den besuchten Landgemeinden konnten wir feststellen, dass ein großer Teil der für den Entwicklungsprozess relevanten Kommunikationsprozesse über informelle Kontakte auf Grundlage persönlicher Beziehungen abläuft. Dies behindert unserer Einschätzung nach oftmals das Entstehen einer transparenten lokalen Demokratie.
So fanden wir bspw. folgenden Fall vor: Die Gemeinderätin einer Landgemeinde war gleichzeitig Präsidentin einer Frauenorganisation. Von der Präsidentin der zweiten und älteren Frauenorganisation wurde betont, dass die jüngere Frauenorganisation über einen privilegierteren Zugang zu Informationen zum Beispiel über Programme oder Fördermöglichkeiten auf lokaler Ebene verfügen würde. Dieses wurde damit begründet, dass die Gemeinderätin mit dem Bruder des Ratspräsidenten verheiratet sei.

Zum anderen konnten wir feststellen, dass die räumliche Entfernung zwischen den einzelnen Dörfern in den Landgemeinden zum Teil eine große Rolle für die Möglichkeit der Akteure spielt, am Entwicklungsprozess teilzuhaben bzw. ihn gestalten zu können. Es bestehen beträchtliche Unterschiede im Wissen über die lokale Selbstverwaltung. So war es im jeweiligen Hauptdorf einer Gemeinde oft so, dass die meisten der befragten Personen zum Beispiel den Landgemeinderat und seine Aufgaben kannten und die zivilgesellschaftlichen Gruppen ihre Aktivitäten unter anderem auf ihn bezogen. In abgelegenen kleineren Dörfern hingegen haben wir erlebt, dass fast niemand über die Existenz und Funktion des Landgemeinderats weiß. Allerdings gab es hier auch vereinzelt Gegenbeispiele.
Wir hatten den Eindruck, dass die Person des traditionellen Dorfvorstehers (chef du village) hier eine entscheidende Rolle spielen kann. Die Dorfvorsteher scheinen sich oftmals noch in einer solchen Position zu befinden, in der ihr Handeln zum Beispiel ausschlaggebend ist für die Involvierung des Dorfes in die lokalen politischen Strukturen. Zu dem bestehenden Wissensgefälle und der räumlichen Distanz folgt hier ein Beispiel.
In einer der besuchten Landgemeinden wurde ein relativ abgelegenes Dorf besucht, das nicht an der Hauptstraße liegt, die durch die Gemeinde führt und auch nicht in der Nähe davon. Man konnte das Dorf vom Hauptort aus in ca. einer Stunde Fahrt mit einem Pferdekarren erreichen. Allerdings ist etwas mühselig, einen Karren zu organisieren und auch relativ teuer. Das Dorf wird ausschließlich von Peul bewohnt, einer ethnischen Gruppe (meist Viehhalter), die in der Region und auch in der Landgemeinde eine Minderheit darstellt. Nur wenige Bewohner

sprechen hier Wolof und noch weniger Französisch. Im Landgemeinderat wird immer Wolof gesprochen und die Kommunikation mit dem Unterpräfekt, vor allem die schriftliche, läuft auf Französisch. Wir fragten, was die Leute in diesem Dorf über den Landgemeinderat und seine Arbeit wissen. Es stellte sich heraus, dass viele, besonders die Frauen, nicht wussten, worum es sich handelt. Unser Übersetzer hatte auch nicht auf Anhieb passende Wörter in Peul für die Beschreibung der Arbeit der Landgemeinde parat. In früheren GTZ–Projekten wurden allerdings die wichtigsten Unterlagen zur Dezentralisierung in vier einheimischen Sprachen verfügbar gemacht, darunter auch in Peul.

In dem Dorf sagte man uns, dass die Bewohner nur selten in den Hauptort kämen und dann zum Markt. Im Gegensatz dazu war im Hauptort allgemein bekannt, dass es einen Landgemeinderat gibt und dass er eine Vertretung der Bevölkerung sein soll, an der die Bevölkerung sich beteiligen soll.

2.5. Präsenz des Zentralstaates

Der senegalesische Staat ist auf der unteren Ebene des arrondissements (Landkreis) präsent. Das arrondissement wird von einem staatlichen Beamten, dem Unterpräfekt (sous-préfet) verwaltet. Er stammt tendenziell nicht aus dem arrondissement, in dem er eingesetzt ist. Ein arrondissement umfasst in der Regel mehr als eine Landgemeinde. Der Unterpräfekt ist in allen Verwaltungs- und lokalpolitischen Angelegenheiten die letzte Instanz. Er muss allen Beschlüssen der Landgemeinderäte, zumindest in Bezug auf deren Rechtmäßigkeit, zustimmen. Wir konnten feststellen, dass er zum Teil noch relativ autoritär auftritt. In einer der besuchten Landgemeinden zum Beispiel konnten wir erleben, dass der Unterpräfekt bei allen Sitzungen des Landgemeinderates anwesend war und dort mit großem Redeanteil an den Diskussionen teilgenommen hat. Als einmal nur sein Stellvertreter zur Sitzung erschien, wurde dies damit begründet, dass er selbst zur gleichen Zeit an einer parallel stattfindenden Sitzung in einer anderen Landgemeinde seines arrondissements teilnehmen musste.

Im Interview sagte er selbst dazu, dass es im allgemeinen in der Zusammenarbeit mit der lokalen Selbstverwaltung keine Probleme gäbe. Nur wenn manchmal etwas nicht funktionieren würde, so läge dies daran, dass „sie“, die Landgemeinderatsmitglieder, nicht verstehen, was „wir“, der Staat in Form seiner Behörde, machen. Man kann an dieser Stelle von einer Konstruktion von Nichtwissen durch die Vertreter des Zentralstaates in Bezug auf

die lokale Selbstverwaltung sprechen.

Die Personen, die als Mitglieder oder Vorsteher in den Landgemeinderäten der besuchten Gemeinden anzutreffen sind, lassen sich anhand einer Typenbildung charakterisieren. Eine der typischerweise anzutreffenden Personengruppen kann man als „der junge dynamische Mann“ beschreiben. Ein Beispiel folgt:
In einer der besuchten Landgemeinden trafen wir auf einen jungen Mann, der sich in den Sitzungen des Landgemeinderates an den Diskussionen beteiligt. Er ist der Vorstehende des Jugendhauses (foyer des jeunes) der Gemeinde. Darüber hinaus ist er auch Vorsitzender einer bei der staatlichen Verwaltung eingetragenen Jugendgruppe (Association Sportive et Culturelle), sowie Funktionär der Jugendgruppen auf der Departement- und der regionalen Ebene. Er sprach in einer Versammlung, in der es um die Neubesetzung eines Komitees ging, das sich um die Gesundheitsposten der Gemeinde kümmert. Er thematisierte, dass in dem bisherigen Komitee einige Leute saßen, die nicht französischsprachig gebildet seien. Dies sei aber notwendig, um mit staatlichen Stellen über Schriftverkehr zu kommunizieren. Er bekam Widerspruch, blieb aber bei seiner Position. Es gab noch ein paar andere junge Männer in dieser Gemeinde, die ihm vergleichbar waren. Z.B. der Sekretär der Landgemeinde, der ebenfalls in den Jugendstrukturen aktiv ist und gleichzeitig sich zu den politischen Angelegenheiten der Gemeinde äußert.

3. Zivilgesellschaft

3.1. Organisationen der Zivilgesellschaft

Während unserer Forschungsaufenthalte in den verschiedenen Gemeinden sind wir vor allem auf drei Typen zivilgesellschaftlicher Organisationen gestoßen, die wir im Folgenden beschreiben wollen. Wir möchten zunächst auf deren Unterschiede und Gemeinsamkeiten eingehen und dann einige weiterführende Fragestellungen entwickeln.
Die Trennung zwischen diesen Organisationstypen dient eher der Übersichtlichkeit und der analytischen, weniger der tatsächlichen Trennung, denn wir trafen auch auf Organisationen, die man mehreren Typen hätte zuordnen können.

Die Mitglieder von Bauern- oder Produzentenorganisationen sind meist männlich und gehen als Gruppe vor allem landwirtschaftlichen Aktivitäten nach, wie z.B. der Bewirtschaftung gemeinsamer Felder oder der Viehhaltung.

Organisationen der Jugendlichen wurden gegründet, um kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen oder Sportwettkämpfe zu organisieren, wobei bei letzteren die alljährlichen Fußballturniere am wichtigsten sind. Doch einige Jugendorganisationen führen auch Umweltprojekte durch, z.B. im Bereich der Wiederaufforstung. Nach unseren Beobachtungen waren die meisten Mitglieder dieser Organisationen junge Männer, was aber auch mit dem Zeitpunkt unserer Forschung - die Ferien, während derer die Fußballturniere organisiert wurden - zusammen hängen kann.

Außerdem kann man sich fragen, inwieweit die Jugendlichen in den Landgemeinden an politischen Prozessen teilhaben und diese mitgestalten können. Denn die Dezentralisierungspolitik des Staates sieht ja eine Stärkung lokaler Initiativen vor, und damit die Übernahme von Verantwortung und Mobilisierung von (finanziellen) Ressourcen.

Es schien, als ob sich die Mehrheit der Jugendlichen, die wir im städtischen Milieu antrafen, noch nicht auf die Dezentralisierungsprozesse eingestellt hat, die seit Jahren im Senegal stattfinden. Wenn ich während der Treffen mit Jugendlichen fragte, was sie über die Dezentralisierung denken, so antwortete mir ein Großteil der Befragten, dass für sie die positive Auswirkung der Dezentralisierung allein aus der besseren Erreichbarkeit der öffentlichen Dienstleistungen und Ämter bestehe; z.B. die Möglichkeit, eine Geburtsurkunde oder ein anders offizielles Dokument ausgestellt zu bekommen ohne dafür weit fahren zu müssen. Viele der Befragten beschränkten die Dezentralisierung allein auf diesen Aspekt und sehen sich daher nicht als die eigentlichen Akteure, sondern eher als Zuschauer der Entwicklungsprozesse in ihrer Gemeinde.

Eine wirkliche Einbindung und Mitarbeit der Mehrheit der Mitglieder in den Jugendorganisationen und der lokalen Politik wird durch die hohe Analphabetismusrate erschwert. Diese hat ebenfalls Konsequenzen für die schwachen Organisationsfähigkeiten der Jugendorganisationen und damit für ihren Zugang zu finanziellen Mitteln. Diese wiederum ziehen es nach sich, dass lokale Autoritäten, sowie externe Entwicklungs- und Nichtregierungsorganisationen, die Probleme der Jugendlichen wenig berücksichtigen.

Außerdem konnten wir feststellen, dass in den Jugendorganisationen, die einen dynamischen

Eindruck machten, junge Lehrer oder Studenten, die während der Ferien in die Landgemeinden zurückkehrten oder ihr Studium abgebrochen hatten, die Leitungspositionen inne hatten. Diese jungen Leute sahen die Dezentralisierung eher als einen Weg zu einer Entwicklung „ für uns selbst und durch uns selbst“ an.

Aufgrund ihres Pessimismus in Bezug auf die Möglichkeiten, die die Dezentralisierung eröffnen kann, war ein großer Teil der Jungendlichen für die Möglichkeit der Landflucht und Auswanderung besonders empfänglich.

Unter dem Vorwand, dass ihnen die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stünden, warteten viele darauf, dass die Dezentralisierung ihnen Vorteile und Möglichkeiten bietet und sahen es als unmöglich an, den Dezentralisierungsprozess selbst zu gestalten. So haben einige von uns zum Beispiel in einem Fischerdorf im Süden der Landgemeinde von Diossong eine Gruppe Jugendlicher getroffen, die versicherten, durch ihre Aktivitäten Gelder für die Entwicklung ihres Dorfes verdienen zu können. Sie sagten allerdings, dass ihnen für die Vermarktung der Fische die finanziellen Mittel, das Material und die nötige Infrastruktur fehle. So entmutigt, beschuldigten sie einerseits den Landgemeinderat, der ihrer Meinung nach nichts für den Ausbau des Straßennetzes tut, und die Nichtregierungsorganisationen, die die Einlösung ihrer Zusagen hinauszögerten. Diese Jugendlichen zogen es daher vor, sich als Fischer in Dakar oder in Gambia zu versuchen.

Diese Abwanderung oder Landflucht, oft außerhalb der Arbeitszeiten in der Landwirtschaft, in die nächstgelegenen Städte oder in einzelnen Fällen sogar bis Europa, betraf meistens junge Männer.

In Bezug auf eine Analyse der Geschlechterverhältnisse konnte man feststellen, dass die jungen Frauen den Dezentralisierungsprozess nur wenig gestalteten. Während unserer Treffen mit Jugendorganisationen trafen wir kaum junge Frauen. Die Frauenorganisationen, auf die wir noch näher eingehen werden, bestanden zum Großteil aus verheirateten Frauen.

Wir haben uns ebenfalls gefragt, ob man von Konflikten oder wiederkehrenden Meinungsunterschieden zwischen den Generationen sprechen kann. In einer Gemeinde meinten junge Lehrer, die sich selbst als Intellektuelle (in Abgrenzung zu älteren Männern ohne französische Schulbildung, und Frauen) bezeichneten, dass der Gemeinderat, der zum größten Teil aus älteren Männern bestand, kein Vertrauen zu ihnen habe und ihnen seine Entscheidungen vorenthalten würde. Dies deutet auf zumindest unterschwelliges Misstrauen

oder das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden oder von wichtigen Dingen nicht zu erfahren, hin.
Von der älteren Generation konnte man dagegen den Vorwurf hören, dass die Jungen nicht arbeiten wollen.
Auch in einer anderen der besuchten Gemeinden hatten uns einige junge Leute erzählt, dass ein Konflikt zwischen alt und jung bestehe. Dies sei vor allem auch damit verbunden, dass die Alten nicht französischsprachig gebildet seien und insofern ungeeignet für die Verwaltungsarbeit, weil die offizielle Schriftsprache zum Beispiel beim Kontakt zum Zentralstaat immer Französisch ist. Vor diesem Hintergrund befragten wir einige Ältere nach diesem Konflikt. Die Älteren beschrieben das Problem so: es handele sich nicht um einen Konflikt zwischen Jung und Alt, sondern es sei tatsächlich nur eine Frage der Bildung, es gäbe auch Junge, die nicht französischsprachig gebildet sind und ältere, die es sehr wohl sind.

Die Frauenorganisationen gehen vor allem Aktivitäten wie dem Kleinhandel, der Lohnarbeit für andere Bauern, dem Betrieb von Getreidemühlen oder der Herstellung von handwerklichen Gegenständen nach. Für die Aufnahme von Krediten für Gruppenaktivitäten ist es meist nötig, dass die Frauengruppen als Organisationen formal (als Groupement de Promotion Féminine oder als Groupement à Intérêt Economique) anerkannt werden. Einige haben diesen Status bereits, doch oft sind auch hohe Gebühren dafür zu entrichten, die diesen Prozess erschweren.

Die Felder, die die Frauen bewirtschaften, gehören ihnen oft nicht, sondern sind von Bauern gepachtet, die sie entweder für ihre Feldarbeit bezahlen, bzw. an die sie einen Teil des Ertrages abgeben. Selbst als Gruppe bekommen die Frauen von dem Gemeinderat, der für die Zuweisung und Verteilung des Landes innerhalb der Gemeinde zuständig ist, selten Felder zugewiesen; als Einzelpersonen besitzen sie noch seltener eigenes Ackerland, sondern arbeiten auch auf den Feldern des Familienvorstands.

Bei dem Zugang der Frauen zu Land ist allerdings nach Region und damit nach Art des Anbaus zu unterscheiden. In einer Landgemeinde, die wir besuchten, wurde großflächig Reisanbau betrieben. Da der Reisanbau traditionell ein weiblicher Arbeitsbereich ist, stellte sich das Problem des Landzuganges in diesem Fall nicht, viele der Frauen bewirtschaften ihr

eigenes Feld. Im Rahmen von Ressourcenschutzmaßnahmen der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit, wurden Deiche für Entsalzung angelegt und die Reisfelder rehabilitiert. Die Fläche wird selbst verwaltet und, da genügend vorhanden ist, auch an einige (junge) Männer vergeben. Ein weiteres Beispiel hierzu folgt im nächsten Kapitel.

3.2. Einflussmöglichkeiten und interner Zusammenhalt zivilgesellschaftlicher Organisationen

Zu diesen zivilgesellschaftlichen Organisationstypen haben wir einige weiterführende Überlegungen angestellt; zunächst gehen wir auf die Frage der Professionalisierung der Organisationen, z.B. durch französische Schulbildung ihrer jeweiligen Leiter, durch feste Organisationsstrukturen, die Zuständigkeiten festlegen etc., ein. Wir haben uns gefragt, ob eine solche Professionalisierung für die Organisationen erstrebenswert ist, da sie sich so in einer stärkeren Verhandlungsposition potentiellen Geberorganisationen gegenüber befinden. Andererseits kann eine solche Entwicklung zu einer Konzentration der Leitungspositionen auf einzelne führen, die oft bereits in anderen Organisationen oder Institutionen wichtige Stellungen einnehmen. Dies stellt die Möglichkeit demokratischer Vorgehensweisen und Entscheidungswege innerhalb der Organisation in Frage. Der Begriff der Leiter oder „leader“ wurde auch im Feld gebraucht, jedoch meist positiv konnotiert.

Auch haben wir versucht, der Frage der „Solidarität“ (mit diesem Begriff meinen wir gegenseitige Verbundenheit bzw. Abgrenzung von bestimmten anderen Gruppen) zwischen und innerhalb der unterschiedlichen Organisationstypen nachzugehen. Dieser Begriff wurde teilweise auch im Feld genutzt, so z.B. in der Erklärung von Frauen, warum sie an sogenannten „Tontines“ (Spar- und Kreditringe) teilnehmen, bei denen jede Frau regelmäßig einen Betrag einzahlt, und die Summe dann gesammelt und nur einer Frau ausgezahlt wird.
Auch konnten wir eine gewisse, über Geschlechtszugehörigkeit definierte Verbundenheit zwischen den Frauen bzw. Männern feststellen, z.B. wenn sie beschrieben, warum sie in reinen Frauen- bzw. Männergruppen sind, wobei dann die jeweils anderen als faul beschrieben wurden.

Ebenfalls haben wir als einen Ansatzpunkt für weitere Überlegungen die Frage festgehalten,

ob die Gruppenmitglieder oder andere Gemeindemitglieder ihre wirtschaftlichen Aktivitäten eher in ihren Gruppen oder als Einzelpersonen durchführen wollen. So sagte z.B. eine ausgebildete Schneiderin, die Mitglied in einer Frauenorganisation war, dass auch an Einzelne Kredite vergeben werden sollten, da es für sie lukrativer sei, dieses Geld als Startkapital für ihre Schneidertätigkeit zu nehmen, als es innerhalb der Gruppe für andere Aktivitäten zu nutzen und später den Ertrag aufzuteilen.
In den meisten Gruppen war es normal, erwirtschaftetes Geld ab einer bestimmten Höhe unter den Mitgliedern aufzuteilen, wenn es nicht für weitere Investitionen genutzt wurde.

Da es in den Gemeinden jeweils mehrere Organisationen und oft auch des gleichen Typs mit ähnlichen Aktivitäten und Zielen gibt, stellten wir uns außerdem die Frage, ob es zwischen diesen Gruppen zu Konkurrenz im Zugang zu finanziellen Mitteln oder Wissen kommt. Ebenfalls konkurrieren sie um ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik des Gemeinderates.

In einer Landgemeinde trafen wir auf zwei Frauenorganisationen (FO). Die Präsidentin der jüngeren Organisation war gleichzeitig Gemeinderätin und verheiratet mit dem Bruder des Präsidenten der Landgemeinde. In einem Gespräch mit der Präsidentin der anderen FO, betonte diese, dass die neuere FO bessere Informationen über Fördermöglichkeiten etc. hätte, weil die Präsidentin einen direkten Draht zum Gemeinderat hätte.

Während seiner Feldforschung fand ein Teilnehmer unserer Gruppe heraus, dass in der Landgemeinde, in der er sich aufhielt, ein Konflikt zwischen drei Frauen bestand, die die Leiterinnen von drei verschiedenen Frauenorganisationen waren und Kontakt zu unterschiedlichen externen und internationalen Organisationen hatten.
Madame G. stand in Verbindung mit der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit, die in dieser Gemeinde im Rahmen des früheren PAGERNA Programms (Projet Autopromotion et Gestion des Ressources Naturelles) zum Erhalt der natürlichen Ressourcen mit der Gemeinde zusammenarbeiteten.
Madame D. ist Leiterin einer staatlich geförderten Frauenorganisation (Groupement de Promotion Féminine). Sie arbeitete mit einer vietnamesischen Organisation zusammen, die die Frauen in Methoden und Techniken des Reisanbaus schulten. Die neue öffentliche Agrarberatungsbehörde ANCAR (Agence Nationale de Conseil Agricole et Rural) erkannte

sie als Präsidentin der Frauengruppe an und führte mit ihrer Hilfe Projekte mit Frauen der Gemeinde durch.

Die dritte dieser drei Frauen ist Madame M., Leiterin einer juristisch anerkannten gemeinschaftlich wirtschaftenden Organisation (Groupement à Intérêt Economique), der ersten in der Gemeinde. Als erste Frau wurde sie in den Gemeinderate gewählt. Während zweier Legislaturperioden war sie Gemeinderätin, ließ sich dann aber nicht mehr aufstellen - erstaunlicherweise, um es ihrem älteren Bruder zu ermöglichen, Ratsmitglied zu werden. Dieser ist nun der Präsident des Landgemeinderates. Während einer ihrer Mandate war Madame M. die Vizepräsidentin des Rates. Sie unterhält soziale Netzwerke mit der Orientierung auf Regierungsprojekte.

Als Folge der Kontakte der drei Frauen zu nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen beansprucht jede, die legitime Repräsentantin der Frauengruppen und –organisationen der Landgemeinde zu sein. Jede glaubt, dass sie, wenn sie von einer externen Organisation anerkannt worden ist und ein Projekt mit einer Frauenorganisation durchgeführt hat, als offizielle Vertreterin aller Frauen der Gemeinde anerkannt werden müsste.

Dies stellte die Ursache von kontinuierlichen Spannungen zwischen den beteiligten Frauen dar. Ab diesem Beispiel kann man erkennen, wie sehr sich die Organisationen der Zivilgesellschaft in Bezug auf Erwartungen und Finanzierungskriterien potentieller Geberorganisationen hin definieren (müssen) und ihre Aktivitäten an diesen ausrichten.

Als eine der wichtigsten stellten wir uns die Frage, ob die zivilgesellschaftlichen Organisationen politische Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Gemeinderat haben.

In unseren bisherigen Überlegungen kamen wir zu dem Schluss, dass vor allem die Jugendorganisationen in der lokalen Politik mitreden können und wollen, und sich auch der Rat an ihnen und ihren Interessen bis zu einem gewissen Grad orientiert, z.B. dass diese mit dem Gemeinderatsvorsitzenden über die Fußballspiele im Gemeindehaus viel und lange diskutiert haben. Einige der jungen (meist) Männer verfügen auch über eine französische Schuldbildung, die sie wiederum für die Erfüllung bestimmter Aufgaben in der Gemeinde wichtig werden lässt, worauf wir an einem späteren Punkt zurückkommen werden.

Meist werden auch die Frauenorganisationen als dynamisch und wichtig für die Entwicklung

der Gemeinde dargestellt, wobei dies auch manchmal wie eine Form der Entschuldigung für die bestehenden geringen politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Frauen vorgetragen wurde: es kann so schlimm nicht sein.

Tatsächlich aber scheint die Beteiligung von Frauen in den Gemeinderäten zuzunehmen, zumindest waren in dieser Legislaturperiode mehr Frauen im Rat als in denen zuvor. Doch im allgemeinen liegt ihre politische Mitwirkung - und die Möglichkeit dazu - hinter denen der Männer weit zurück, wie wir bereits bei der Beschreibung der Gemeinderäte erwähnten.

Die Bauernorganisationen scheinen an Einfluss gegenüber den Anfängen der Bauernorganisationen als sozialer Bewegung in den 70er und 80er Jahren verloren zu haben, so wurde in Bezug auf einige beschrieben, dass sie sich weniger häufig treffen und insgesamt weniger in der Gemeinde „zu sehen sind“. Dies trotz einer neuen Agrarpolitik des Staates, die die Einrichtung von Zusammenschlüssen solcher Organisationen auf Gemeindeebene vorsieht (Cadre Local de Concertation des Organisations des Producteurs) , welche zu einer Zusammenführung ihrer Kräfte und Initiativen führen könnte.

3.3. Methodischer Ausblick: Datenerhebung

Viele Mitglieder der Gruppe sind in Familien untergekommen, manche bekamen ein eigenes Zimmer, andere sogar ein leerstehendes Häuschen, das nur für gelegentliche Gemeinschaftssitzungen benötigt wurde. Vor Ort war es möglich, lokale Informanten kennen zu lernen. Das waren Leute, mit denen man öfter Kontakt hatte, zum Beispiel Jugendliche aus dem Dorf. Diese lokalen Informanten haben dann Treffen organisiert, teilweise auch Fahrtmöglichkeiten aufgetan. Der Transport gestaltete sich mancherorts als durchaus schwierig, und so kam es vor, das man 2 Stunden mit dem Esels- oder Ochsenkarren zu einem Interview in einem anderen Dorf unterwegs war. In manchen Dörfern konnte man sich mit Französisch nicht verständlich machen, da die Bewohner nur Wolof sprachen, die Sprache der ethnisch vorherrschenden Gruppe im Senegal - oder wie erwähnt nur Peul. Die Informanten haben in einem solchen Fall meistens auch als Übersetzer fungiert oder Übersetzer besorgt. Hier ist dann wieder eine andere Ebene des Feldzugangs wichtig. Jedes neue Interview mit einer neuen Gruppe erforderte eine Einführung, entweder durch die Informanten und dann über den Übersetzer, so dass der Forscher jedes Mal möglicherweise anders vorgestellt wurde und durch die Übersetzung nicht wusste, wie er bei den

Interviewpartnern bekannt gemacht wurde. Daran schließt sich ein weiteres methodisches Problem an, nämlich, inwieweit die Fragen und Antworten richtig übersetzt bzw. abgeändert wurden, und somit jetzt bei der Analyse die Ergebnisse und Daten verändert. Da z.B. die GTZ den Transport in die Dörfer organisiert hatte, wurde man oftmals mit dieser Organisation in Verbindung gebracht.

Hauptsächlich wurden Interviews geführt, mit Einzelpersonen oder mit Gruppen, manchmal auch bei Sitzungen eine teilnehmende Beobachtung gemacht – je nach dem was sich ergab. Die Gespräche und Interviews waren anfangs noch relativ unstrukturiert und informell, um sich erst einmal einen Überblick zu verschaffen. Im Laufe der Zeit bildeten sich aber Stichworte und Fragen heraus, die man immer wieder den verschiedenen Gesprächspartnern stellte, so dass man auch eine Art Vergleichbarkeit in die Daten bekommen konnte – es entstand so eine Art „kleiner Leitfaden“ für die Gespräche, die man führte.

Bei den Interviews oder Beobachtungen wurde auf verschiedene Art und Weise vorgegangen. In einigen Fällen wurden nur inhaltliche Notizen gemacht, manchmal wurde versucht möglichst genau mitzuschreiben, wiederum bei anderen Interviews wurden diese auf Kassette oder Minidisc aufgenommen, um sie später zu transkribieren. Dabei gab es auch Probleme, sei es, dass man nicht gewohnt ist, so viel und so schnell mit der Hand zu schreiben oder der Vorgang des Schreibens an sich gestaltet sich schwierig (z.B. wenn keine Schreibunterlage vorhanden ist). In der jetzigen Phase des Nachbearbeitens und Interpretierens werden die Protokolle transkribiert und/oder abgetippt und der ganzen Gruppe zugänglich gemacht. In dem begleitenden Seminar werden sogenannte Memos, die teilweise auch schon erste Interpretationen beinhalten, zusammen besprochen.

4. Lokale Entwicklung

4.1. Entwicklungsmakler

Der analytische Begriff der „Entwicklungsmakler“ (Bierschenk, 2000 und Blundo, 1995), die in der lokalen Arena, in unserem Falle der Landgemeinde, verankert sind, und dort als Mittler fungieren, indem sie externe Ressourcen aus der Entwicklungszusammenarbeit für den entsprechenden sozialen Raum, d.h. für konkrete Projektvorhaben in den Landgemeinden, mobilisieren.

In den Landgemeinden, die wir besuchten, fanden sich die oben genannten Charakteristika im Besonderen bei den Animateuren wieder. Einerseits sind die Animateure sehr stark in den Landgemeinden verankert, in denen sie aufgewachsen und oft selbst, u.a. als Landwirte (producteurs) tätig sind. Aufgrund ihrer Arbeit mit der Landbevölkerung im Rahmen der Erstellung der Entwicklungspläne sind ihnen die aktuellen Problembereiche der lokalen Umgebung bekannt. Andererseits kommen die Animateure durch die Zusammenarbeit mit dem Programm der GTZ mit der Entwicklungswelt in Kontakt und verfügen somit über zusätzliches technisches Wissen, bspw. wie man Projektanträge verfasst.

Nach Bierschenk ließe sich also sagen, dass die Animateure über die sprachlichen und kulturellen Codes beider Seiten, d.h. der lokalen Arena auf der einen Seite und der Entwicklungswelt auf der anderen Seite verfügen, was sie in ihrer Vermittlerrolle so wichtig macht. In einigen Landgemeinden machten sich die Animateure selbständig, schlossen sich zu einer juristisch anerkannten wirtschaftenden Gruppe (GIE) zusammen, um Zugang zu Krediten zu bekommen. Auf diese Weise war es ihnen möglich, geeignete Geber für eigens konzipierte Projekte zu mobilisieren oder als Bindeglied zwischen Geber und lokaler Bevölkerung zu agieren.

In ihrer Arbeit „für das Wohl des Dorfes“ erhalten sie Legitimation, die allerdings nicht überschätzt werden sollte. In gemeinsamen Gesprächen klang des öfteren an, dass, wenn sich eine bessere Verdienstmöglichkeit bieten würde, die Animateure ihre Aufgabe aufgeben und gegebenenfalls ihre Heimat verlassen würden - was noch einmal auf das enorme Problem der Abwanderung hinweist. Durch den Entwurf eigener Projekte haben sie die Möglichkeit, ihre persönliche wirtschaftliche Situation abzusichern und sich Arbeit und Einkommen zu schaffen. Individuell motiviertes Handeln der Animateure scheint also realistischer als der Einsatz aus rein gemeinschaftsorientierter Überzeugung (möglicherweise im Gegensatz zu früheren Bauernorganisationen).

Zwei junge Lehrer erzählten, dass sie ein Alphabetisierungsprojekt in einem anderen Dorf beginnen würden und sich dafür ebenfalls als Organisation juristisch anerkennen lassen wollen. Einer wird der Leiter des Projektes sein und andere anstellen, die die Alphabetisierungskurse anbieten werden. Für dieses Projekt wollen sie einen Antrag auf Finanzierung beim Bildungsministerium oder der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit stellen. Die Kursleiter würden durch das Projekt eine Arbeitstelle finden, und auch der Projektleiter wird dabei Geld verdienen, und nicht schlecht, wie er meinte.

Teilweise sind wir Organisationen begegnet, die selbst Kontakt zu möglichen Gebern suchten. Bei vielen Basisorganisationen scheiterte es allerdings an der Korrespondenz aufgrund sprachlicher Barrieren oder an fehlender Information über Fördermöglichkeiten. Auch in diesem Zusammenhang ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass Informationsflüsse oft nicht formalisiert sind und der Zugang zu Wissen, bspw. über Fördermöglichkeiten, in einem hohen Grad von persönlichen Beziehungen abhängt.

4.2. Entwicklungsplanung und Nachhaltigkeit

An dieser Stelle sei nochmals näher auf die Inhalte der Entwicklungspläne eingegangen, die mittlerweile in fast jeder Landgemeinde Senegals existieren und zumeist für die kommenden sechs Jahre konzipiert sind. Interessant ist, dass es sich inhaltlich hauptsächlich um infrastrukturelle Projekte, wie bspw. um den Bau von Gesundheitszentren oder den Schulbau handelt. Diese Art von Projekten macht die lokale Entwicklung in Form von konkreten materiellen Ergebnissen sichtbar und quantifizierbar. In diesem Zusammenhang sprechen wir von der so genannten „lokalen Hardware“. Oft wurde seitens der Bevölkerung betont, dass es für sie äußerst wichtig sei zu wissen, wohin all das viele Geld fließe, was sehr schön das Ideal einer Entwicklung, die sich in materieller Infrastruktur manifestiert, widerspiegelt.
So wollte z.B. ein offizieller Besuch von Vertretern des Landwirtschaftsministeriums und der neu gegründeten Agrarberatungsgesellschaft ANCAR neu gebaute Dämme in natürlichen Tälern besichtigen, die zum Aufstauen von Regenwasser und damit der Bewässerung von Reisfeldern in den Senken dienten. Frauen aus den umliegenden Dörfern und zwei Dorfchefs waren anwesend und mussten lange warten, bis der angekündigte Besuch kam. Auch das Fernsehen war vor Ort und die Frauen tanzten und sangen, um den Besuch willkommen zu heißen. Der Besuch posierte vor den Dämmen für das Fernsehen und hielt mehrere Ansprachen, auch nachdem der offizielle Teil des Besuch abgeschlossen war und die meisten Frauen aufbrechen wollten. Und obwohl sich vor den Dämmen trotz guter Regenfälle kein Wasser gestaut hatte, wurde das Projekt von allen Rednern gelobt.

Natürlich tragen diese Infrastrukturprogramme zur lokalen Entwicklung der Landgemeinde bei. Schließlich gibt es Landgemeinden, in denen große Distanzen zwischen den Dörfern

bestehen, aber bspw. eine einzige Gesundheitsstation den viel zu großen Einzugsbereich nicht ausreichend abdecken kann. Allerdings bedarf es, um die Nachhaltigkeit solcher Programme zu gewährleisten, gerade auch der Garantie der Instandhaltung und vor allem Unterhaltung zum Beispiel des Gesundheitszentrums. Das hieße, dass in den Entwicklungsplänen auch die Finanzierung des Personals dieser Gesundheitsstation thematisiert werden müsste. Im Zusammenhang damit lässt sich von der „lokalen Software“ sprechen, die neben der reinen Infrastruktur in den Plänen enthalten sein sollte. Im Sinne einer sozial nachhaltigen Entwicklung müsste es auch darum gehen, mehr Anreize für die umfangreiche freiwillige/ehrenamtliche Gemeinwesensarbeit zu schaffen, um bspw. die Instandhaltung der Gesundheitsstationen auf unterster, also auf Dorfebene, dessen Personal sich aus angelernten freiwilligen Laien zusammenstellt und nicht vom Staat beschäftigt ist, sicher zu stellen.

Im Zusammenhang der Nachhaltigkeitsdebatte muss auch auf die bereits angesprochene Thematik des Ressourcenschutzes eingegangen werden. Der Ressourcenschutz findet in den Entwicklungsplänen allerdings kaum konkrete Berücksichtigung in Form von Projektvorhaben, ist jedoch Teil des Programms der GTZ in den Regionen Kaolack und Fatick (Coopération Sénégalo–Allemande, 1998). Die „Conventions Locales“ sind mit Unterstützung der deutsch- senegalesischen Zusammenarbeit in den Gemeinden ausgearbeitete Regelwerke zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. In diesen werden Vereinbarungen, wie nur totes Holz als Brennholz zu verwenden oder Bäume auf den Feldern zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit stehen zu lassen, festgehalten. Auch werden darin die Wege für ziehende Viehherden festgeschrieben, und ab wann diese auf abgeernteten Feldern weiden dürfen. So soll Konflikten zwischen Bauern und Viehhaltern vorgebeugt werden. Es werden auch Strafen bei Regelverstoß festgelegt und nach Aussagen mehrerer Dorfbewohner scheinen diese auch eingehalten zu werden. Ähnliche Regelungen habe es bereits vor Einführung der Regelwerke gegeben, meinten einige Ratsmitglieder, doch nun seien diese juristisch einklagbar. Dies zeigt auch, dass sich die Arbeit der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit zumindest teilweise an den bereits vor Ort bestehenden Regelungen und Übereinkünften orientiert, dabei aber besonderen Wert auf die Verbindlichkeit auf der lokalen Ebene legt.

Auch das traditionell von den zivilgesellschaftlichen Organisationen vertretene Thema der

Ernährungssicherung wird nicht in den lokalen Entwicklungsplänen thematisiert, obwohl die Gewährleistung der Nachhaltigkeit hinsichtlich der aktuellen Ernährungslage in Frage zu stellen ist. Auch reichte in fast allen, von uns besuchten Landgemeinden die Ernte nicht aus, um für die kommende Saison Saatgut zurücklegen zu können. Das heißt, es musste Saatgut hinzugekauft werden, vor allem für die Marktfrucht Erdnuss. Allerdings war die angebotene Quantität nicht ausreichend, um die enorme Nachfrage zu tilgen, was sich dementsprechend auf den Preis auswirkte. Die Produzenten mussten für ihr Saatgut, das oft von schlechter Qualität war, einen relativ hohen Preis zahlen.

Abschließend lässt sich sagen, dass, erst wenn neben all den materiellen „Fortschritten“ gleichermaßen auch die lokale Software in den Entwicklungsplänen festgehalten wird, von Nachhaltigkeit der Entwicklung zu reden sein kann, nämlich wenn man vom Entwicklungsplan als der rein infrastrukturellen „shopping list“ absieht und Finanzierung auch in die soziale Entwicklung lenkt, um die Bevölkerung eigenverantwortlich und aktiv einzubinden! Dazu bedarf es eines Ansatzes, der die verschiedenen Dimensionen von Entwicklung integriert, um den lokalen Entwicklungsprozess nicht nur quantifizieren, sondern auch qualifizieren zu können!

Literatur

- Agence National de Conseil Agricole et Rural (ANCAR) (ed.) 2004: Actes de l'atélier national sur la prise en compte de la problématique du genre dans la mise en oevre du Conseil Agricole et Rural

- Bierschenk, Thomas, Chauveau, Jean-Pierre, and de Sardan, Jean-Pierre O. (eds.) 2000: Courtiers en développement. Les villages africains en quête de projets, APAD edn, Paris: Karthala

- Blundo, Giorgio 1995: Les courtiers du développement en milieu rural sénégalais, in: Cahiers d'Etudes Africaines, vol. 24 (137), no. 1, pp. 73-99

- Coopération Sénégalo- Allemande (ed.) 2003: Programme Lutte contre la Pauvrété en milieu rural dans la région du Bassin Arachidier - rapport d'instruction, Kaolack

- Coopération Sénégalo- Allemande (PAGERNA) (ed.) 1998: L' approche gestion de terroir, Kaolack

- Coopération Sénégalo- Allemande (PAGERNA) (ed.) 2003: Papier de position. Relation entre pauvreté et environnement, Kaolack: GTZ

- Lachenmann, Gudrun e. al.Universität Bielefeld, Forschungsschwerpunkt E. (ed.) 1999: Zivilgesellschaft in Senegal: Der Beitrag der Bauernorganisationen, Bielefeld:

- Mayer, Monika, Gueye, Awa, Diagne, Moustapha, Ndoye, Ismaila, Mayer, Martin, Coopération Sénégalo- Allemande (ed.) 2001: Pro- CR Fatick et Kaolack. Conception d'un systéme de suivie- rapport préliminaire

- Spittler, E. A. Dr. j., Coopération Sénégalo- Allemande (ed.) 2004: Ansatzpunkte und Empfehlungen für eine stärkere Berücksichtigung des Gender- Ansatzes im Programm "Armutskämpfung in den Regionen Kaolack und Fatick"